

Inhalt

Dank	9
I Einleitung	11
II Methodische Entscheidungen	27
III Die rechtlichen Grundlagen der Entlassungen	35
1. Das Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 7.4.1933 (Berufsbeamtengesetz - BBG)	35
1.1 Geltungsbereich und –dauer des BBG	36
1.2 Die Maßnahmen nach den §§ 2-6 BBG	37
1.3 Finanzielles „Strafrecht“ im BBG – Kürzung oder Entzug von Ruhegehalts- und anderen Versorgungsansprüchen in den §§ 8 ff.	42
1.4 Verfahren	43
2. Die Reichshabilitationsordnung (RHO) vom 13. Dezember 1934	45
3. Das Gesetz über die Entpflichtung und Versetzung von Hochschullehrern aus Anlass des Neuaufbaus des deutschen Hochschulwesens (GEVH) vom 21. Januar 1935	46
4. Das Reichsbürgergesetz (RBG)	47
4.1 Das RBG als Teil der „Nürnberger Gesetze“	47
4.2 Die Erarbeitung der ersten beiden Durchführungsbestimmungen zum RBG	48
4.3 Die Bestimmungen der Ersten und Zweiten Verordnung zum RBG	49
5. Die Reichshabilitationsordnung vom 17. Februar 1939	51
IV Das Preußische Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung und die Durchführung des Berufsbeamtengesetzes	53
1. Das Preußische Kultusministerium als Dienstherr der Universitäten	53
1.1 Die Ausgangslage im Jahr 1933	53
1.2 Behördenorganisation	55
1.3 Die Gründung von Sonderreferaten zur Durchführung des BBG	56
2. Die „Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ an den Universitäten Berlin, Frankfurt am Main, Greifswald und Halle durch das PMfWKuV	59
2.1 Erste personalpolitische Maßnahmen ab April 1933	59
2.1.1 Beurlaubungen	59
2.1.2 Die Entziehung von Lehraufträgen ab April 1933 und die Ausschaltung	

politisch „vorbelasteter“ Lehrbeauftragter an der Universität Berlin	69
2.2 Die Phase der organisatorischen Vorbereitung der Entlassungen	72
2.2.1 Identifizierung und Erfassung missliebiger Hochschullehrer	72
2.2.2 Die Frage der Einbeziehung der Emeriti	77
3. Die Phase der Entlassungen und die Entscheidungspraxis	78
3.1 Die Entlassung von Hochschullehrern jüdischer Konfession oder Herkunft	80
3.1.1 Die Entscheidungspraxis hinsichtlich der Frontkämpferregelung	80
3.1.2 Anwendung der „Altbeamtenregelung“ und der „Altangestelltenregelung“	86
3.1.3 Nur in Ausnahmefällen: Zuerkennung „hervorragender Bewährung“	94
3.2 Ausschaltung politisch missliebiger Hochschullehrer: Die Anwendung bzw. Nichtanwendung der §§ 2, 2a und 4 BBG	105
3.3 Die Heranziehung von § 6 BBG zur Entlassung missliebiger Hochschullehrer	112
4. Quantitative Auswirkungen des BBG an den untersuchten Universitäten	118
V Die Lehrtätigkeit „geschützter“ Nichtarier und „rassisch“ motivierte Entlassungen bis zur Durchführung des Reichsbürgergesetzes	127
1. Berlin	127
2. Frankfurt am Main	137
2.1. Lehrtätigkeit und Entlassung „eigener“ „Nichtarier“ bis zur Durchführung des RBG	137
2.2 Der Fall Kantorowicz und die Vertreibung nach Frankfurt versetzter „Nichtarier“	146
3. Greifswald	156
4. Halle	163
5. Zusammenfassung	165
VI Das Reichsbürgergesetz und die zweite Phase antisemitisch motivierter Entlassungen	169
1. Der Zeitraum bis zum Erlass der ersten Durchführungsbestimmung zum RBG	169
2. Vorbereitung und Durchführung der Entlassungen aufgrund des RBG	174
3. Ausmaß und kritische Betrachtung der zweiten Phase antisemitischer Massenentlassungen	179

VII	Die dritte Phase antisemitisch motivierter Entlassungen: Die Maßnahmen gegen „Mischlinge I. und II. Grades“ sowie Hochschullehrer mit „nichtarischem“ Ehepartner in den Jahren 1937/38	189
1.	Die Ausgangssituation Anfang 1937	189
2.	Administrative und juristische Vorbereitung sowie Durchführung der Entlassungen	199
3.	Die Opfer der dritten Etappe antisemitischer Vertreibungen	204
3.1	„Jüdisch versippte“ Lehrkräfte	204
3.2	Hochschullehrer mit einem als „Mischling I. Grades“ geltenden Ehepartner	214
3.3	Entlassungen von „Mischlingen I. und II. Grades“	218
3.4	Entlassungen von mit „Mischlingen II. Grades“ verheirateten Hochschullehrern	230
4.	Die Universitäten Berlin, Frankfurt am Main, Greifswald und Halle am Ende der antisemitischen Massenentlassungen	232
VIII	Politisch motivierte Entlassungen	237
1.	Politische „Säuberungen“ und politische Kontrolle nach 1933	237
2.	Die Opfer der Entlassungen mit rein politischem Hintergrund	241
2.1	Angehörige der Linksparteien	241
2.2	Liberale	250
2.3	Nationalkonservative	270
2.4	Entlassungen im Rahmen des „Kirchenkampfes“ und von Kritikern der nationalsozialistischen Kirchenpolitik	276
2.5	Entlassungen von Hochschullehrern ohne parteipolitische Bindung vor 1933	286
2.5.1	Überblick	286
2.5.2	Gegner des NS-Systems	287
2.5.3	Politisierung eines Unpolitischen – Der Fall Erwin Schrödinger	296
2.6.	Entlassungen von Mitgliedern der NSDAP	300
IX	Ergebnisse	313
1.	Das Ausmaß und die Folgen der Entlassungen	313
1.1	Der personelle Gesamtverlust durch Entlassungen und „freiwillige Rücktritte mit politischem Hintergrund“	313
1.2	Entlassungsgründe	317
1.3	Die Verluste in den einzelnen Statusgruppen	333

1.4	Die Vertreibungsverluste der einzelnen Fakultäten und die daraus zu ziehenden Rückschlüsse auf die Karrierechancen von Wissenschaftlern jüdischer Konfession oder (teilweise) jüdischer Herkunft vor 1933	344
1.4.1	Universität Berlin	344
1.4.2	Universität Frankfurt am Main	349
1.4.3	Universität Halle	352
1.4.4	Universität Greifswald	356
2.	Das weitere Schicksal der Entlassenen	358
2.1	Emigration	358
2.2	Das Schicksal der in Deutschland verbliebenen Opfer von Entlassung und Vertreibung	375
X	Resümee	397
Anhang		
	Die 1933–1945 entlassenen und vertriebenen Hochschullehrer	415
	Universität Berlin	415
	Universität Frankfurt am Main	431
	Universität Halle	439
	Universität Greifswald	442
	Abkürzungsverzeichnis zur Liste der entlassenen und vertriebenen Hochschullehrer	444
	Tabellen	445
	Allgemeines Abkürzungsverzeichnis	453
	Quellen- und Literatur	457
	Personenregister	485
	Summary	499